



Ihr Spickzettel zur Bundestagswahl



Daniel Bahr



1. Gesundheitsfonds abschaffen oder beibehalten?

Nach Auffassung der FDP muss der Gesundheitsfonds rückabgewickelt werden.

2. Wie stehen Sie zur privaten Krankenversicherung?

Mit der letzten Gesundheitsreform ist der Zugang zur PKV erheblich erschwert und der Weg in die Einheitskassenlandschaft auch über den Basistarif weiter geebnet worden. Wir brauchen aber stattdessen mehr PKV-Elemente, wenn wir die auf uns zukommenden Herausforderungen aus demografischer Entwicklung und medizinischem Fortschritt ohne drastische Rationierung bewältigen wollen. Jeder Bürger muss die freie Wahl haben, bei welchem Krankenversicherer er seinen Versicherungsschutz abschließen möchte.

3. Paradigmenwechsel vom Kollektiv- zum Selektivvertragssystem?

Der Kollektivvertrag wird weiterhin Bestand haben. Selektivverträge können eine sinnvolle Alternative und Ergänzung sein, um neue Wege auszuprobieren und mehr Freiheiten zuzulassen, die die wohnortnahe Versorgung nicht in Frage stellen dürfen.

4. Welche Rolle soll die KV in der Zukunft spielen?

Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZV) haben bis heute entscheidend dazu beigetragen, eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Wer diese Organisationen abschaffen will, muss beantworten, wer die bisherigen Aufgaben übernimmt. Er muss sicherstellen, dass dieser hohe Standard auch weiterhin erhalten bleibt und er muss belegen können, dass mit einem neuen System Vorteile verbunden sind.

Notwendig ist eine grundlegende Umorientierung in Richtung Wahlfreiheit und Wettbewerb und Stärkung der Freiberuflichkeit wie die FDP das in ihrem Konzept für ein privates System mit sozialer Verantwortung vorsieht. Dieses muss eingebettet sein in eine konsequente Anwendung des Wettbewerbs- und Kartellrechts, um eine übermäßige Konzentration von Marktmacht zu verhindern und dafür zu sorgen, dass Verträge auf gleicher Augenhöhe geschlossen werden können. In einem solchen Rahmen, der allen Beteiligten ganz andere Möglichkeiten gibt, muss auch die Rolle der einzelnen Institutionen neu überdacht werden. Fest steht, dass es nach wie vor eine Organisation geben muss, die Ansprechpartner z. B. in Qualitätsfragen ist.

5. Niedergelassene Ärzte oder MVZ? MVZ nur unter Trägerschaft von Ärzten?

Bestrebungen, die fachärztliche Versorgung nur noch an Krankenhäusern oder MVZ ansiedeln zu wollen, tritt die FDP mit großem Nachdruck entgegen. Die FDP war 2003 die einzige Partei, die gegen die von CDU, CSU, SPD und Grünen beschlossenen MVZ gestimmt hat.

MVZ können zwar eine sinnvolle Ergänzung sein. Es spricht nichts dagegen, wenn Ärzte verschiedener Fachrichtungen sich unter dem Dach eines MVZ zusammenschließen. Allerdings dürfen diese nicht dazu führen, dass eine hervorragende Versorgung der Patienten durch die niedergelassenen Ärzte untergraben wird. Es ist kritisch zu sehen, wenn Krankenhäuser versuchen, über MVZ die einweisenden Ärzte an sich zu binden und damit die freie Arzt- und Krankenhauswahl untergraben. Wir setzen uns dafür ein, dass MVZ so wie Anwälte und Steuerberatersonsellschaften auch nur von Freiberuflern selbst

verantwortlich geführt werden dürfen. Insbesondere werden wir darauf achten, dass MVZ keine Wettbewerbsvorteile gegenüber den niedergelassenen Ärzten haben.

6. Primärärztsystem – bleibt der verpflichtende Zugang über den Hausarzt?

Wir wünschen uns, dass viele Krankenkassen gute Verträge abschließen, um die Qualität der Versorgung und die ärztliche Vergütung zu verbessern. Der Aspekt der Freiwilligkeit ist dabei für uns ein ganz entscheidender. Vertragspartner, einzelne Hausärzte und Patienten müssen auch die Möglichkeit haben, ein Angebot, das ihnen nicht gefällt, abzulehnen.

7. Nichtakademische Berufe im Gesundheitswesen: sollen sie Arzt-Aufgaben übernehmen? Sollen diese Berufe akademisiert werden?

Wir müssen intensiver als bisher darüber nachdenken, welche Aufgaben die Ärzte selbst übernehmen müssen und welche Aufgaben von anderen Berufsgruppen und unter welchen Bedingungen wahrgenommen werden können. Das zu definieren, ist allerdings in allererster Linie Sache der Ärzteschaft. Dabei geht es auch um haftungsrechtliche Fragen und – was der FDP wichtig ist – um die Vermeidung neuer Schnittstellen, die gerade mühsam im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung beseitigt werden sollen. Das setzt eine Gesamtverantwortlichkeit für die Therapie voraus. Wir benötigen in der nächsten Legislaturperiode eine Debatte darüber, wie ein solches Konzept verwirklicht werden kann.